



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

# JHA

über die  
1. Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
am Donnerstag, dem 29.03.2012  
im Jugendfreizeitzentrum, Ludwig-Schröder-Straße 18

Beginn: 17:30 Uhr  
Ende: 19:20 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Marion Dyduch  
Herr Heiko Klanke  
Frau Annette Mann  
Herr Ulrich Marc  
Frau Nicola Zühlke

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Alexandra Möller

Stimmberechtigtes Mitglied gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII

Frau Alexandra Bartosch

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII

Herr Hans-Jörg Brand  
Frau Susanne Hartmann  
Herr Herbert Ritter  
Herr Johannes W. Schurgacz

Beratende Mitglieder gem. § 5 Abs. 3 AG-KJHG

Herr Dr. Ingo Arndt  
Herr Reiner Brüggemann  
Herr Kunibert-Josef Kampmann  
Herr Friedhelm Kock  
Herr Gerhard Peske  
Herr Marc Westerhoff

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. j der Satzung für das Jugendamt

Frau Kathrin Bohn  
Frau Christina Fiegler

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. k der Satzung für das Jugendamt

Herr Martin Wiegmann

#### Verwaltung

Frau Ivonne Antzoulatos, Jfz Kamen-Mitte  
Herr Jürgen Dunker  
Herr Johannes Gibbels  
Herr Klaus Güldenhaupt  
Frau Janine Klösener  
Herr Jörn Tautz  
Herr Wrobel, JFZ Kamen-Mitte

#### Gäste

Frau Ruppach, Jugendamtselternbeirat  
Frau Schnepfer, DRK Familienzentrum „Monopoli“

#### Entschuldigt fehlten

Frau Sigrid Köhler  
Herr Bernhard Krüger  
Herr Martin Kusber  
Frau Gabriele Lenkenhoff  
Herr Detlef Maidorn  
Frau Gertrud Sändker  
Frau Ina Scharrenbach  
Frau Heike Schaumann  
Herr Franz Hugo Weber

Frau **Dyduch** begrüßte die SitzungsteilnehmerInnen, die Gäste, die KollegInnen des Jugendfreizeitentrums sowie die Pressevertreter zur ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Jahr 2012 und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Sie nahm Bezug auf den vorherigen Besuch einiger Ausschussmitglieder im Familienzentrum „Atlantis“ und führte hierzu aus, dass Frau von der Heide innerhalb der AWO ihren Tätigkeitsbereich wechseln und die langjährige Kollegin Frau Gorny die zukünftige Leitung der größten Kindertageseinrichtung (über 100 Kinder) in der Stadt Kamen übernehmen werde. Nachdem Frau Dyduch den fristgerechten Zugang der Tagesordnung feststellen ließ und keine Änderungen gewünscht waren, wurde nach der gegebenen Tagesordnung verfahren.

Frau **Möller** bezog sich auf das Protokoll der letzten JHA – Sitzung und erklärte, dass dort im TOP 3 Frau Scharrenbach eine Aussage zugeordnet ist, die eigentlich von ihr angeführt wurde.

Herr **Brüggemann** sagte die Korrektur des Protokolls zu und kündigte eine Klärung des Sachverhalts mit Frau Scharrenbach an (Änderung der Niederschrift vom 15.11.2011: nach Rücksprache mit Frau Scharrenbach am 13.04.2012: Unter TOP 3, Seite 5, werden die letzten beiden Sätze der protokollierten Wortmeldung von Frau Scharrenbach gestrichen). Herr Brüggemann informierte, dass kein Vertreter der CDU – Fraktion teilnehmen könne aus Gründen anderer Termine und kurzfristiger Erkrankung. Wegen der knappen Zeit habe keine Vertretung gestellt werden können.

**A. Öffentlicher Teil**

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes                                                                                                                                      | Vorlage  |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 1   | Vorstellung der Arbeit des Jugendfreizeitentrums<br>hier: Bericht des Leiters Herrn Wrobel                                                                                |          |
| 2   | Vorstellung des Projektes „Kinderhotel“<br>hier: Bericht der DRK Kita Monopoli Frau Schnepfer und Herrn Gibbels, Vorstand des Vereins für Jugendhilfe e. V.               |          |
| 3   | Vorstellung des Jugendamtselternbeirates<br>hier: Bericht der Verwaltung und Vorstellung der Aufgaben durch die Vorsitzende, Frau Ruppach                                 |          |
| 4   | Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Kamen                                                                                                                    | 027/2012 |
| 5   | Kindergartensituation 2012<br>- Anmelderunde 01.08.2012<br>- Geplanter u3-Ausbau 2012/2013<br>- Entwicklung der Familienzentren 2012/2013<br>hier: Bericht der Verwaltung | 026/2012 |
| 6   | Beteiligung am Modellvorhaben der Landesregierung NRW<br>"Kommunale Präventionsketten - Kein Kind zurück lassen,<br>Kommunen beugen vor - "                               |          |
| 7   | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen                                                                                                                                  |          |

**B. Nichtöffentlicher Teil**

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes                                    | Vorlage |
|-----|-------------------------------------------------------------------------|---------|
| 1   | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen                                |         |
| 2   | Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung |         |

## A. Öffentlicher Teil

### Zu TOP 1.

Vorstellung der Arbeit des Jugendfreizeitentrums  
hier: Bericht des Leiters Herrn Wrobel

Herr **Wrobel** begrüßte die SitzungsteilnehmerInnen im Freizeitzentrum Kamen – Mitte und stellte fest, dass die letzte Ausschusssitzung im Freizeitzentrum schon lange zurück liege. Er erklärte, dass sich die Arbeit im Zentrum in den letzten Jahren gewandelt habe und nunmehr Angebote für Kleinkinder bis hin zu Angeboten für Senioren vielfältig stattfänden.

Frau **Antzoulatos** stellte sich als neue Kollegin des Freizeitentrums vor und betonte, dass sie mit der Leitung von Maßnahmen für Jugendliche beauftragt sei.

Herr **Wrobel** ergänzte die Aussagen von Frau Antzoulatos und führte an, dass es in der täglichen Arbeit einen Durchlauf von ca. 50 bis 120 Personen im Haus gebe. Neben Computerkursen für Senioren und Kinder und dem Angebot des mit 125 Plätzen stetig ausgebuchten Sonntagsfamilienfrühstücks verwies er darauf, dass die Einrichtung eine Anlaufstelle für viele Kinder und Jugendlichen sei, die nach der Schule rege genutzt werde. Mit nunmehr insgesamt 34 Räumen (incl. 4 neue Räume der ehemaligen Kita Hasenberg) biete das Haus viele Möglichkeiten, trotzdem sei weiterhin Platzbedarf gegeben.

Er verwies auf die regelmäßige Projektarbeit mit vielen Kooperationspartnern und benannte hierzu exemplarisch das Projekt „Schülercafé am Mittag“, das bereits im 7. Jahr durch den LWL gefördert würde.

Abschließend stellte Herr Wrobel noch das gemeinschaftliche Projekt „Kulturrucksack“ der Städte Bergkamen und Kamen vor, das vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW gefördert werde, sowie das Projekt „Der Anker“, das von der Kollegin Frau Antzoulatos geleitet werde und darauf abziele, mit Schulverweigerern Perspektiven zu erarbeiten. Herr Wrobel bot an, nach der Sitzung für weitere konkrete Nachfragen zur Verfügung zu stehen.

Frau **Dyduch** bedankte sich bei Frau Antzoulatos und Herrn Wrobel für den Vortrag und für die nette Bewirtung im Freizeitzentrum.

### Zu TOP 2.

Vorstellung des Projektes „Kinderhotel“  
hier: Bericht der DRK Kita Monopoli Frau Schnepfer und Herrn Gibbels,  
Vorstand des Vereins für Jugendhilfe e. V.

Frau **Schnepfer** (Leiterin des DRK Familienzentrums „Monopoli“) und Herr **Gibbels** (Vorstand des Fördervereins für Jugendhilfe / FörJu e.V. – stellv. Geschäftsführer) stellten das gemeinsame Erprobungsprojekt „Kinderhotel“ vor.

Herr **Gibbels** berichtete von der Grundidee einer Kinderbetreuung über Nacht und der Möglichkeit, ein solches Angebot durch die Unterstützung des FörJu e.V. zu ermöglichen. Bisher seien 5 Übernachtungen organisiert worden, wobei der Verein Personal- bzw. Honorarkosten und einige Sachkosten (z.B. Betten, Matratzen) finanziert habe.

Frau **Schnepper** ergänzte die Ausführungen von Herrn Gibbels und wies auf die thematische Vorbereitung des Kinderhotels durch Mitarbeiterinnen der Einrichtung und des FörJu e.V. hin. Sie betonte, dass sowohl die Kinder als auch deren Eltern glücklich über das Angebot seien und kündigte das nächste Kinderhotel für den 20. / 21. Mai 2012 an.

Sie schilderte einen exemplarischen Ablauf einer Kitahotelübernachtung (ab 18.00 Uhr Bettenbau → Eltern verabschieden → themenorientierter Kreativbereich → Nachtwanderung → weitere Aktionen mit Themenbezug z.B. einen Film ansehen → Nachtruhe → gemeinsames Frühstück), wobei immer eine Betreuungsperson bei den Kindern sei.

Herr **Gibbels** benannte den Beitrag der Eltern für dieses Angebot mit 25,00 € für das erste Kind bzw. mit € 12,50 für jedes weitere Geschwisterkind.

Frau **Schnepper** benannte die Kosten für einen Babysitter von z.Zt. ca. 7,50 €/ Std. und stellte hierdurch das Projekt als ein gutes und günstiges Modell dar.

Herr **Gibbels** verwies auf eine kürzlich ausgestrahlte Berichterstattung zum Projekt „Kinderhotel“ in der WDR Lokalzeit, die in der Sitzung noch gezeigt werden soll.

Frau **Bartosch** erkundigte sich danach, wie viele Kinder an dem Angebot teilnehmen würden / könnten.

Frau **Schnepper** informierte, dass zwischen mind. 10 und 20 Kinder für das Kinderhotelangebot geplant seien und dass der Betreuungsschlüssel hierdurch bei 1 zu 5 gewährleistet sei und auch nur Kinder der Einrichtung das Angebot nutzen könnten.

Herr **Gibbels** wies das Angebot „Kinderhotel“ nochmals als ein reines Erprobungsprojekt aus.

Herr **Ritter** stellte für seinen Träger heraus, dass ein solches Angebot mit dem vorhandenen Personalschlüssel alleine finanziell nicht zu schultern sei. Er erkundigte sich nach Möglichkeiten zur Umsetzung für alle anderen Träger von Kindertageseinrichtungen.

Herr **Gibbels** führte aus, dass hierzu noch keine Empfehlungen gegeben werden könnten und verwies auf Auswertungen nach Beendigung des Projektes.

Frau **Bartosch** erkundigte sich danach, warum das Projekt mit einer Übernachtungsmöglichkeit konzipiert sei.

Frau **Schnepper** betonte, dass sowohl die Kinder eine Kitahotelübernachtung als etwas besonderes ansähen als auch deren Eltern, da ihnen hierdurch die Möglichkeit gegeben sei, Angebote wahrnehmen zu können, zu denen sie mit Kinderbetreuung nicht in der Lage seien.

Herr **Gibbels** führte hierzu einige Beispiele (Treffen mit Freunden, Essen gehen, Kino, Stadt-/Brunnenfest) an und betonte sowohl für die Eltern als auch für die Kinder das Recht auf Freizeit.

Im Anschluss wurde die zuvor erwähnte WDR - Reportage gezeigt.

### Zu TOP 3.

Vorstellung des Jugendamtselternbeirates

hier: Bericht der Verwaltung und Vorstellung der Aufgaben durch die Vorsitzende, Frau Ruppach

Frau **Dyduch** stellte Frau Ruppach als Vorsitzende des Jugendamtselternbeirates vor und bat Herrn Peske um die Darstellung der Funktion und der gesetzlichen Grundlagen des Jugendamtselternbeirates.

Herr **Peske** führte erklärend aus, dass mit dem 1. Kibiz – Änderungsgesetz im § 9 Abs. 1 eine neue Grundlage der Interessenvertretung / Elternmitwirkung geregelt worden sei. Die Elternbeiräte wählen einen Jugendamtselternbeirat.

Er informierte abschließend, dass der Fachbereich Jugend alle Elternbeiräte in den Einrichtungen angeschrieben und zu einer Sitzung am 09.11.2012 eingeladen hätte. Von insgesamt 18 Einrichtungen seien 15 Elternbeiräte der Einladung gefolgt und hätten eine Entscheidung zum Vorsitz des Jugendamtselternbeirates getroffen. Hiernach sind als:

|                         |                 |
|-------------------------|-----------------|
| Vorsitzende             | → Frau Ruppach  |
| 1 stellv. Vorsitzende   | → Frau Can      |
| 2. stellv. Vorsitzende  | → Frau Dombrink |
| 3. stellv. Vorsitzender | → Herr Marc     |

gewählt worden.

Frau **Ruppach** ergänzte die Ausführungen von Herrn Peske und wies darauf hin, dass sich die Reihenfolge der Vorsitzenden bereits geändert habe. Sie betonte jedoch den Willen aller Mitwirkenden des Jugendamtselternbeirates, das gesammelte Hintergrundwissen aus allen Kitas im JHA einbringen zu wollen.

Herr **Peske** rief hierzu in Erinnerung, dass im Rahmen der Mitwirkung im Ausschuss nicht Einzelfallbesprechungen vorgesehen seien, sondern planungsorientierte Aufgaben zu erörtern wären.

Frau **Dyduch** wies in diesem Zusammenhang auf den Landeselternbeirat hin.

Frau **Ruppach** erklärte im Landeselternbeirat im Ministerium in Düsseldorf Ansprechpartner zu haben.

Herr **Ritter** erkundigte sich nach der Rückkopplung des Jugendamtselternbeirates an die einzelnen Einrichtungen.

Frau **Ruppach** erwiderte, dass der Kontakt und die Rückkopplung gut sei, da die Protokolle der Sitzungen zur Info versandt würden und die VertreterInnen der Kitas auch an den Sitzungen teilnahmen.

Frau **Dyduch** forderte die weitere Unterstützung des Beirates und schlug vor, das Anliegen bei der nächsten Leiterinnenkonferenz anzusprechen.

Zu TOP 4.  
027/2012

#### Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Kamen

Herr **Peske** informierte, dass der Landtag NRW am 14.02.2012 eine Änderung des „Integrationsgesetzes“ beschlossen habe, in dessen Artikel 4 auch die Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vorgesehen sei. Dort sei entsprechend festgeschrieben, dass der Integrationsrat mit einer Vertreterin / einem Vertreter und Stellvertretung als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss zu bestellen sei. Insofern sei bei der vorliegenden Satzungsänderung für das Jugendamt der Stadt Kamen die Ergänzung nicht nur für den Jugendamtselterbeirat sondern auch für den Integrationsrat mit eingearbeitet worden.

Herr **Güldenhaupt** führte hierzu aus, dass der Rat der Stadt Kamen hierüber im Mai zu beschließen und demnach erst nach der Sommerpause mit einer entsprechenden Beteiligung zu rechnen sei.

Herr **Ritter** erkundigte sich, warum im Zuge der aktuellen Inklusionsdiskussion bei der aktuellen Diskussion weiterhin immer vom Integrationsrat und nicht von einem Inklusionsrat gesprochen werde. Er riet an, bei entsprechenden Änderungen dies vorab zu klären.

Frau **Möller** wies darauf hin, dass der Integrationsrat BürgerInnen mit Migrationshintergrund vertrete und sich somit inhaltlich schon entsprechend von dem Inklusionsgedanken unterscheide.

Frau **Dyduch** verwies hier auch auf den gesetzlich gegebenen Terminus hin, der zu beachten und beizubehalten sei.

#### **Beschlussempfehlung:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte "1. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Kamen".

**Abstimmungsergebnis:** bei einer Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Kindergartensituation 2012  
- Anmelderunde 01.08.2012  
- Geplanter u3-Ausbau 2012/2013  
- Entwicklung der Familienzentren 2012/2013  
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Güldenhaupt** berichtete zur Situation der aktuellen Anmelderunde in den Kindertageseinrichtungen durch eine Tabellenpräsentation per Beamer. Er führte aus, dass mit Stand zum 15. März 2012 insg. 1.264 Plätze belegt und alle Wünsche hierzu erfüllt / befriedigt seien. Der U3 – Bereich sei hierbei von 142 Plätzen auf 174 Plätze angestiegen und beim Anteil der 45 Std. Betreuung sei ein Rückgang von 37% auf 28% zu verzeichnen. Die neue Kita der Familienbande stellte er mit 10 U3 – Plätzen und 7 Regelplätzen besonders heraus.

Bei der aktuellen Ermittlung der 45 Std. Betreuung sei bedarfsgerecht und in Absprache mit den Trägern verfahren worden, wobei die Elternverantwortung mit einbezogen worden sei. Herr Güldenhaupt sah hier ein gutes Ergebnis, das sich auch in anderen Jugendamtsbereichen auf Kreisebene ähnlich darstelle.

Er teilte mit, dass ein Fragenkatalog der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen an die Verwaltung gestellt wurde, den Herr Peske und Herr Dunker nun beantworten würden.

Herr **Dunker** ergänzte die Ausführungen von Herrn Güldenhaupt zur Präsentation und sprach bei der erzielten Verteilung der Betreuungszeiten von einer Punktlandung.

In diesem Zusammenhang erwähnte er eine „Win / Win – Situation“, da die flexiblen Betreuungszeiten (07.00 – 14.00 / 08.00 – 15.00 Uhr) der 35 Std. Betreuung auch eltern- und bildungsgerecht seien. In allen Abfragen habe es keine problematische Situation gegeben und dort, wo Eltern arbeitsbedingt auf eine 45 Std. Betreuung angewiesen seien, könne der Bedarf auch entsprechend umgesetzt werden.

Er betonte die flexible, tägliche (siebenstündige) Betreuungszeit und die guten pädagogischen Leistungen in den Einrichtungen, durch die der Bildungsauftrag im Rahmen einer 35 Stunden Betreuung voll erfüllt würde.

Dies sei auch ein Grund dafür gewesen, dass viele Eltern, die vorab eine 45 Stunden Betreuung nutzten, entsprechend gewechselt hätten.

Lediglich nur ca. 25% aller Anträge auf eine 45 Stunden Betreuung konnten nicht gewährt werden, wobei dies in jedem Einzelfall einvernehmlich geklärt werden konnte.

Der Vergleich mit den Quoten für den Kreis Unna (25 – 30%) zeige, dass eine Quote von bis zu 28% realistisch sei.

Herr Dunker führte abschließend die Betriebskosteneinsparungen an, die hierdurch erzielt würden, aber auch die Eltern sparten Teile des Beitrages.

Frau **Möller** gab sich bedenklich und erklärte, dass zunächst die Stadt Kamen Einsparungen zu verzeichnen hätte. Sie führte weiterhin aus, dass der meiste Arbeitsaufwand der Abfrage bei den Einrichtungen gelegen habe und befürchtete, dass einige Eltern einen Antrag auf 45 Std. Betreuung erst gar nicht gestellt hätten. Insofern stellte sie die dargestellte „Win / Win – Situation – zumindest für die Träger ohne abschließende Beurteilung – in Frage. Sie resümierte jedoch, dass ihrer Ansicht nach am Personal der Einrichtungen zukünftig eingespart würde.

Herr **Dunker** wies darauf hin, dass nur mit geringen Personaleinsparungen bei den Trägern zu rechnen sei und verwies auf Berechnungen, die Herr Peske noch darstellen werde.

Frau **Möller** wies auf eine aktuelle Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hin, die sich auf den Themenkomplex beziehe (Anlage).

Herr **Brüggemann** erklärte für die Verwaltung, dass der von Frau Möller angesprochene Fragenkatalog der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen den Ausschussmitgliedern leider nicht rechtzeitig zugänglich gemacht werden konnte. Für die Zukunft sagte er zu, derartige Unterlagen beizufügen, wie es auch regelmäßig der Fall sei.

Herr **Peske** ging auf die insg. 8 Anfragepunkte ein und beantwortete sie, wie folgend aufgeführt:



#### Antworten zu den Fragen:

- 1) Wie viele 45 Stunden-Anträge wurden bewilligt?  
→ 354 Anträge, die einer Quote von 28% entsprechen,
- 2) Wie viele 45 Stunden-Anträge wurden abgelehnt, mit welcher Begründung?  
→ 72 Anträge, die einer Quote von 19% entsprechen, wobei hierbei eine Arbeitszeit der AntragstellerInnen von 20 – 22 Std. zugrunde gelegt wurde. Bei einer höheren Arbeitszeit der Eltern wurde eine 45 Std. Betreuung gewährt. Ergänzende Ablehnungsgründe waren aber möglich durch z.B. Informationen des ASD oder wenn gar keine Antragsbegründung vorlag,
- 3) Waren die Eltern mit der Entscheidung einverstanden?  
→ Alle Eltern waren mit der erzielten Einigung einverstanden. Es gab eine unbegründete Beschwerde einer Person die nicht aus Kamen kam und auch kein Kind in einer Kita hat,
- 4) Wie viele 45 Stunden Plätze wurden abgebaut im Vergleich zum Vorjahr?  
→ 103 Plätze wurden abgebaut
- 5) Wie hoch ist die finanzielle Ersparnis für die Stadt Kamen?  
→ Einsparungen sind abhängig von der Gruppenform wg. Kindpauschalen. Im Mittelwert ergeben sich 100 Plätze und somit eine Ersparnis von € 110.000,00 für die Stadt Kamen,
- 6) Welche Auswirkung hat diese Praxis auf die Kindertageseinrichtungen?  
→ Keine Informationen vorhanden, die eine Beantwortung ermöglichen,
- 7) Wie sind die Reaktionen der Träger?  
→ Noch keine Reaktionen der Träger; bzw. keine Informationen zur Anfrage vorhanden,
- 8) Wie viele Personalstunden müssen in den Kindertageseinrichtungen im kommenden KiTa-Jahr abgebaut werden?  
→ Eine genaue Aussage zur Anfrage lässt sich erst nach der Betriebskostenabrechnung im Vergleich der Jahre geben, jedoch kann von ca. 100 Std. / Woche ausgegangen werden, woraus sich 5.000 Std. pro Jahr ergeben, was ca. 2 ½ Stellen im Stadtgebiet entspricht.

Herr **Brüggemann** betonte, dass immer eine bedarfsgerechte Betreuung im Vordergrund stünde und dass die Träger im Vorfeld der Betreuungsabfrage keinen kritischen Ansatz formuliert hätten, sich insofern kooperativ zeigten.

Herr **Güldenhaupt** erklärte, dass Bildungsangebote in den Kindertageseinrichtungen bei einer 35 Std. Betreuung gut zu vermitteln seien und lediglich zu Randzeiten mit Tagespflegeangeboten Bedarfe aufgefangen werden müssten.

Herr **Ritter** antwortete, dass er für seinen Träger hierzu noch keine konkrete Aussage machen könne, da man erstmalig mit den Zahlen konfrontiert sei. Gleichwohl verwies er auf den defizitären Haushalt der Träger und den damit gegebenen Rücklagenabbau. Herr Ritter legte in diesem Zusammenhang aber auch dar, dass die bisherige, unkoordinierte Gewährung einer 45 Std. Betreuung für die Träger die Rettung des gegebenen Personalstandes bedeutet habe.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass das ganze Verfahren in der Trägerkonferenz besprochen worden sei und sich hieraus ein Bild der Mitwirkung ergeben habe. Selbstverständlich müsse im Nachgang der Veränderungen die Wirkung „vor Ort“ erörtert werden.

Herr **Güldenhaupt** ging auf die Kindpauschalen ein und erklärte, dass die Pauschalen der Gruppenform 2 angehoben wurden und dass es sicher wünschenswert wäre, wenn die Gruppenformen 1 + 3 auch angehoben würden.

Herr **Ritter** betonte die Einigung bei den Veränderungen der Öffnungs- und Betreuungszeiten zwischen 7.00 – 16.00 Uhr, die auch dazu geeignet seien, dass Eltern ihr Angebot wählen könnten. Der Fachbereich Jugend müsse hierzu später die Auswirkungen im Vergleich der Jahre 2011/ 2012 zu 2012/ 2013 darstellen.

Herr **Güldenhaupt** stellte nochmals ausdrücklich fest, dass in allen Betreuungszeiten das Bildungsangebot erfolge und Eltern sowie Kinder auch ein Anspruch darauf hätten.

Herr **Schurgacz** teilte mit, dass die Auswirkungen der veränderten, neuen Buchungszeiten der Eltern erst abgewartet werden müssten. Sollten die Ergebnisse entsprechend sein, könne er sich vorstellen, dass auch andere Städte entsprechende Veränderungen anstrebten. Insbesondere müsse man hier auch die Randzeiten und den Einsatz von Tagesmüttern beachten.

Herr **Güldenhaupt** verwies zur Diskussion auf die nächste Trägerkonferenz, in der erste Auswirkungen zu besprechen seien, und auf entsprechende Berichte in einer der nächsten JHA – Sitzungen.

Frau **Möller** hinterfragte die benannten Daten der Präsentation im Hinblick auf die genannten Anmeldezahlen der Kita der Familienbande.

Herr **Dunker** entgegnete, dass gemäß der vorliegenden Planung der Familienbande, die Kitaplätze in Abstimmung mit dem LWL entsprechend belegt wurden.

Herr **Güldenhaupt** erläuterte den geplanten U3 – Ausbau im Jahr 2012 und erklärte, dass hierzu gute Kooperationsgespräche geführt würden. Den U3 Ausbau der Einrichtungen in 2012/ 2013 beschrieb Herr Güldenhaupt wie folgend aufgelistet:

|                       |              |
|-----------------------|--------------|
| DRK - Kita „Monopoli“ | → 10 Plätze, |
| Kath. Kirche          | → 6 Plätze,  |
| Kita „Sternstunde“    | → 10 Plätze. |

Insgesamt seien somit zum 01.08.2013 weitere 26 Betreuungsplätze gegeben.

Zur Finanzierung führte Herr Güldenhaupt aus, dass an Bundesmitteln hierzu:

€ 193.000,00 für das Jahr 2012 und  
€ 40.000,00 aus dem Nachtragshaushalt 2010

und weitere Landesmittel i.H.v.

€ 219.000,00 für die Jahre 2012 und 2013

→ insgesamt somit **ca. € 450.000,00** Fördermittel zur Verfügung stünden.

Er dankte nochmals allen Trägern, die diese Entwicklung mittragen und führte weiter aus, dass dies zu einer rd. 35%igen Versorgung im U3 Bereich führe. Dies entspräche rd. 320 – 350 U3 – Plätzen in 2013, von denen 1/3 über den Tagespflegebereich abgedeckt würden. So sei das auch in 2007 geplant und vorgestellt worden.

Herr **Schurgacz** erkundigte sich, ob die dann erreichten 35% für Kamen ausreichend seien, bzw. ob es trotzdem noch eine Unterversorgung gebe.

Herr **Brüggemann** antwortete, dass er derzeit von einer Bedarfsdeckung ausgehe, aber die Entwicklung abgewartet werden müsse.

Zu TOP 6.  
026/2012

Beteiligung am Modellvorhaben der Landesregierung NRW  
"Kommunale Präventionsketten - Kein Kind zurück lassen, Kommunen beugen vor - "

Frau **Dyduch** ging auf die Beschlussvorlage mit der Beteiligung am Modellvorhaben „Kommunale Präventionsketten – Kein Kind zurück lassen“ der Landesregierung NRW ein und erklärte, dass das Projekt auf 3 Jahre angelegt sei und mit € 64.000,00 gefördert würde, damit ein interkommunales Netzwerk hierzu aufgebaut werden könnte.

Herr **Dunker** informierte, dass der Antrag zum Projekt im Ratsinformationssystem eingestellt und für Ratsmitglieder dort abrufbar sei. Das Kooperationsprojekt auf Kreisebene, an dem sich die Kommunen Bergkamen, Lünen, Selm, Stadt Unna, Kreis Unna und Kamen beteiligten, habe ein zu bildendes Kooperationsnetzwerk zum Ziel. Von insgesamt 52 Kommunen auf Landesebene, die sich beworben hätten, seien 18 erwählt worden – hierunter auch der Kreis Unna mit den o.a. Kooperationskommunen. Er führte weiter aus, dass das Projekt von der Ministerpräsidentin NRW, Frau Kraft und der Bertelsmannstiftung initiiert sowie finanziert und ergänzend durch das Institut für soziale Arbeit (ISA) aus Münster gesteuert werde. Hierzu stünden insg. € 64.000,00 zur Verfügung. Durch eine zu bildende „Präventionskette“ soll eine Begleitung von der Schwangerschaft bis zum 21. Lebensjahr ermöglicht werden. Konkrete Zielformulierungen sollen zum Ende des Projektes erstellt werden.

Frau **Dyduch** erkundigte sich danach, ob das Projekt trotz der anstehenden Wahlen in NRW gesichert sei.

Herr **Dunker** verwies auf ein Gespräch des Landrates mit dem Ministerium, in dem die Fördermittel zugesagt worden seien, wodurch mit dem Projekt begonnen werden könne.

### **Beschlussempfehlung:**

Der Rat der Stadt Kamen stimmt der Beteiligung der Stadt Kamen am Modellprojekt „Kommunale Präventionsketten“ des Landes NRW und seinem Kooperationspartner, der Bertelsmann Stiftung, zu.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr **Peske** informierte, dass am 01.01.2012 das Bundeskinderschutzgesetz (BKISchG) in Kraft getreten sei, jedoch bislang hierzu noch keine Ausführungsbestimmungen ergangen seien, weswegen in der nächsten Sitzung des JHA hierzu berichtet würde.

Herr **Peske** verwies weiterführend auf gesetzliche Änderungen im Vormundschaftsrecht.

Diese Änderungen hätten zur Folge, dass der Fachbereich Jugend

- a) das eigene Personal hierzu aufstocke oder
- b) Teilbereiche an „Freie Träger“ abgebe.

Die neuen Regelungen seien sehr arbeitsaufwändig, da der Vormund mindestens einmal im Monat persönlichen Kontakt mit seinem Mündel haben müsse und ergänzend berichtspflichtig sei.

Frau **Dyduch** ergänzte hierzu, dass Frau von der Heide innerhalb der AWO in diesen Arbeitsbereich wechseln würde.

Herr **Brüggemann** merkte hierzu an, dass es sich um sinnvolle gesetzliche Änderungen / Vorgaben handeln würde; die Stadt Kamen hierzu kein eigenes Personal zur Verfügung hätte und insofern Freie Träger einzubinden seien.

Herr **Dunker** führte aus, dass im Rahmen der Kampagne Bündnis für Familien am 30.05.2012 um 14.00 Uhr eine Veranstaltung im Bürgerhaus Kamen - Methler stattfinden werde. Zum Zielbereich „Kinder stärken = starke Menschen“ wird im Bürgerhaus der Themenkomplex „Mobbing“ ausführlich bearbeitet. Hierzu fänden verschiedene Workshops und Referate statt. Er kündigte an, dass Herr Rentsch von der Kreispolizeibehörde Unna, Herr Hunke vom schulpsychologischen Dienst des Kreises Unna, Frau Antzoulatos vom Freizeitzentrum Kamen – Mitte und Frau Sklorz und Frau Straßburger vom Bürgerhaus Kamen – Methler als ReferentInnen zur Verfügung stünden. Eine Einladung zur Veranstaltung mit Tagesordnung werde noch versandt.

Herr **Kampmann** hinterfragte das vorgestellte Projekt „Der Anker“ und erkundigte sich bei Frau Antzoulatos, ob das Projekt nur für Kinder vorgesehen sei, die der Schule fernblieben oder auch solche Kinder anspreche, die in der Schule desinteressiert seien.

Frau **Antzoulatos** erklärte, dass es keine vorgegebenen Richtlinien für das Projekt gäbe, sondern Inhalte und Vermittlungsansätze immer mit den Schulsozialarbeitern abgesprochen würden.

Herr **Kampmann** gab zu verstehen, dass er den Projektansatz aus schulischer Sicht sehr begrüße und ein nicht schulinternes Angebot sehr sinnvoll sei.

Frau **Antzoulatos** kündigte an, das Projekt nach den Osterferien in den Schulen vorstellen zu wollen.

Frau **Möller** hinterfragte, ob das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) genutzt würde und ob hierzu Informationen für die Stadt Kamen vorlägen.

Herr **Güldenhaupt** wies darauf hin, dass es zur Einführung Schwierigkeiten gegeben hätte und berichtete für den Mensaverein, dass sich dort Positives abzeichne. Weitere Einzelheiten sollten hierzu mit weiteren Grundinformationen z.B. des Kreises Unna / JobCenter im Sozialausschuss bekanntgegeben bzw. diskutiert werden.

Herr **Kampmann** erzählte über einen Fall, bei dem eine Mutter eine Schülerfahrkarte beim Kreis Unna beantragt habe und dort abgewiesen worden sei.

Herr **Brand** berichtete über die Erfahrungen der Ev. Kirchengemeinde und stellte hierzu fest, dass der Kreis Unna eher mehrmonatige Leistungen des Bildungspaketes bewillige, wogegen in Kamen vermehrt kürzere Leistungsraten der Kultur, Sport und Freizeitförderung gewährt würden.

Frau **Dyduch** erkundigte sich nach weiteren Wortmeldungen auch für den nichtöffentlichen Teil und beendete die Sitzung um 19.20 Uhr, nachdem keine Anfragen gestellt wurden.

**B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Dyduch  
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt  
Schriftführer